

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabeposten für den Postverkehr
Postkarte für Angabeposten aus Aue und
Umgebung 6.00 Mark, auswärts
Angabeposten 8.00 Mark, Kellern-Post-
karte 10.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Angabeposten: Durch unsere Seiten
ist das Ganze monatlich 20.00 Mark.
Abgaben nehmen die Postämter
an die Postämter die Postämter
bezogen. — Erhalten wertig.
Anspruch: Anhang Nr. 22.
Telegraphisches Anzeiger Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 203

Donnerstag, den 31. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Wesernabend fand unter Vorsitz des Reichsstaatssekretärs eine Chefbesprechung statt, in welcher das Reparationsproblem verhandelt wurde.

Wie die Agence Havas mitteilt, wird die Reparationskommission heute nachmittag ihre endgültige Entscheidung fassen und gleichzeitig mit ihrer Entscheidung den Text der deutschen Vorschläge veröffentlichen.

Der Ueberwachungsausschuss des Reichs, der am 31. August zur Besprechung der Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern zusammen.

Ein Landesparteitag der Deutsch-demokratischen Partei tritt am 30. September und 1. Oktober in Freiberg zusammen.

Der Dollart stand heute vormittag in Berlin vorläufig auf 1750.

Galvanisierung des Völkerbundes?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die geschätzte Weltweit glaubt an die Dinge solange, bis sie offiziell totgesagt werden. Noch heute ist es eine weitverbreitete Annahme, daß der Völkerbund des Weltkrieges am Tage des österreichischen Sonderfriedens geschlossen worden sei. In Wahrheit war der Zerfall Mitteleuropas längst vollzogen, es fehlte lediglich die offizielle Siegel darunter. Heute darf man sagen: die Entente ist tot. Gewiß, jeder brave Spießbürger, der dafür den angemessenen Nachweis fordert, wird stürmisch widersprechen. Bis nach geraumer Zeit ein geschichtliches Ereignis eintritt, das ihm den tatsächlichen Zustand mit unmissverständlicher Klarheit zum Bewußtsein bringt. Der bolschewistische Journalist und sowjetrussische Unterhändler Karl Radek hat in diesen Tagen dargelegt, daß sich Frankreich und England bereits im Kriegszustande befinden. Sie haben allerdings aus dem Weltkrieg gelernt, den Krieg nicht mit eigenen Truppen zu führen, sondern Frankreich liefert das Kriegsmaterial an die Ungararücken und England versorgt die Griechen. Man kann Radek zugeben, daß dem Vergleich eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren ist. Immerhin spielen dabei noch einige andere Umstände mit, und vorläufig ist der geschichtliche Konflikt nur eine wechselseitige Nadelstichpolitik, die Frankreich und England aneinander über. Aber daß es mit der Entente bergab geht, ist sicher. Nur wann ihr offizieller Tod angezeigt werden wird, ist noch sehr unsicher, und wir sollen uns um gotteswilligen nicht in der frohen Erwartung wiegen, daß nun sehr bald die Tage der Trübsal und Bedrückung vorüber sein werden. Aber es ist mindestens ein kleiner Trost, wenn man gewisse geschichtliche Entwicklungen eines Weils vorher sieht.

Alfred George ist ein Politiker von großem Instinkt. Seine englischen Freunde sagen ihm sogar nach, daß er von Politik und Wirtschaft überhaupt nichts versteht, aber er hat einen herrlichen brutalen Instinkt und eine unfehlbare Intuition besitzt. Da ist es nicht ganz uninteressant, daß der englische Ministerpräsident den Völkerbund für so gefährlich hält, daß er zu seiner Rettung sich höchstpersönlich nach Genf zu begeben gedenkt. Am Montag beginnt in Genf die 8. Völkerbundversammlung. Zwei Tagungen dieser Karrikatur einer Gesellschaft der Nationen haben genügt, sie zur völligen Verfallung zu bringen. Jede Völkerbundversammlung war vergleichbar der Konferenz von Genua. Hier wie dort erhebt sich jedesmal der französische Vertreter und erklärt, über dieses und jenes Thema darf nicht gesprochen werden. So hat sich der Völkerbund selber zum Tode verurteilt und Alfred George fühlt ganz richtig heraus, daß man schon sehr energische Wiederbelebungsversuche anstellen muß, wenn er nicht auf seiner dritten Tagung sanft entschlafen soll. Seitdem sich die Südamerikaner unter dem tapferen Hueyoban vom Völkerbund zurückgezogen haben, seitdem die Neutralen mit den mißvergnügten Gesellschaften der Ueberlebenden in Genf sitzen, ist jedes Leben aus ihm geschwunden. Wohlbrach hat er überhaupt noch nicht, und die Materten, die ihm die Konferenz von Genua abgewiesen hat, sind besonders dann belanglos, wenn namhafte Staaten ihm nicht angehören.

Der Völkerbund besitzt vor allen Dingen zwei Schwächen. Einmal ist seine Organisation so angelegt, daß er nur mit Zustimmung aller seiner Mitglieder grundlegend verändert werden kann. Zum andern ist er gar kein Weltparlament; denn wichtige Staaten stehen außerhalb seiner Mitgliedschaft. Weder die Vereinigten

Staaten noch Deutschland, noch Rußland, noch Ungarn, noch die Türkei haben in Genf Sitz und Stimme. Die Hauptmächte des Völkerbundes würden es allerdings Brennend gern sehen, wenn in Genf sich die Vertreter der ganzen Welt versammeln könnten. Aber in Amerika denkt man nicht daran, in eine so unvollkommene Liga der Nationen einzutreten, und Rußland würde für seinen Eintritt nicht nur den Preis seiner staatlichen Anerkennung, sondern auch noch eine gewaltige internationale Anleihe fordern. In Deutschland tritt jetzt die Frage heran, wie es sich zu einem Eintritt stellen soll. Die Satzung des Völkerbundes ist so gehalten, daß jeder Staat um seine Aufnahme nachsuchen muß. Das kann eine bloße Formalie sein, aber für uns ist diese Fassung gleichzeitig eine schlimme Fufangel. Wenn Deutschland einmal den Antrag um Aufnahme stellen würde, wer garantiert, daß Frankreich nicht die Gelegenheit benützt, um seiner wollüstigen Politik der ständigen Kränkung Deutschlands auch hier zu fröhnen. Deutschlands Antrag könnte darum nur gestellt werden, wenn Frankreich vorher amtlich unzweideutig erklärt hätte, daß es ein Aufnahmeforsch Deutschland in den Völkerbund bewilligen würde. Aber Deutschland kann auch nur als gleichberechtigte Großmacht in das Völkerparlament eintreten. Es müßte also sofort Sitz und Stimme im Völkerbund erhalten. Ob Lloyd George damit einverstanden sein würde, und ob er eine solche Forderung bei Frankreich durchsetzen könnte, erscheint bis zur Stunde noch recht zweifelhaft. Gegenüber den reinen Kritikern in Deutschland muß man freilich betonen, daß Deutschlands Mitgliedschaft auch von starkem Werte wäre. Aber es hat keinen Zweck, den Beitritt zu überstürzen. Wir wollen in einen wirklichen Völkerbund und nicht in den galvanisierten Leichnam, der sich heute schon aller Welt als verachtete Ententegebildung kundgibt. Man warte also erst einmal ab, ob Lloyd George den Toten zu neuem Leben erwecken kann.

Schröders Bericht an die Reparationskommission.

In der gestrigen Vormittagsitzung der Reparationskommission in Paris hat der deutsche Bevollmächtigte Staatssekretär Schröder folgende Erklärung abgegeben: Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung anheim gestellt, sich vor ihrer Entscheidung noch mündlich zu äußern. Die deutsche Regierung hat von dieser Gelegenheit gern Gebrauch gemacht und hat sich zu diesem Zweck hierher gesandt. Ich werde mich kurz fassen. Durch die Ermittlungen, die das Garantiekomitee in Berlin angestellt hat und durch die Informationen, die neuerdings von Mitgliedern der Reparationskommission in Berlin eingeholt worden sind, ist die Reparationskommission eingehend über die Lage Deutschlands unterrichtet. Ich möchte zurückgreifen auf die Verhandlungen, die Minister Hermes im Mai hier geführt hat. Damals ist in einer schwierigen Lage eine Lösung gefunden worden, erstens für die Gesundung des deutschen Reichshaushalts und zweitens für die Ueberwachung der deutschen Finanzen durch die Reparationskommission.

Die Forderungen, die die Reparationskommission für die Gesundung des deutschen Reichshaushalts aufgestellt hat, bestanden vor allem darin, daß die schwebende Schuld auf den Stand vom 31. März d. J. beschränkt bleiben sollte zusätzlich der Erträge, die für Revisionszahlungen auf Grund des Vertrags von Versailles angewandt werden. Der Zuwachs sollte zunächst durch eine innere Anleihe beglichen werden. Die deutsche Regierung hat diese Lösung unter der Voraussetzung angenommen, daß ihr in angemessener Frist eine ausreichende äußere Anleihe bewilligt werden würde. Die Anleihe ist leider bisher nicht zustande gekommen. Trotzdem hat die deutsche Regierung unabhängig hierauf auf eine Einschränkung der schwebenden Schuld hingearbeitet. Trotz des steigenden Dollarkurses hatte sie folgende Erträge für Revisionszahlungen waren bis zum 30. Juni 21,5 Milliarden Papiermark aufgewendet. Die schwebende Schuld hatte bis zum 30. Juni gegenüber dem 31. März nur um 28 Milliarden zugenommen, so daß der Roienzuzuwachs durch Ausgabe langfristiger Schatzanweisungen gedeckt werden konnte. Minister Hermes hatte die Einnahmen aus Zöllen und Steuern für 1922 auf rund 148 Milliarden Papiermark eingeschätzt. Aber in den ersten 4 Monaten sind bereits mehr als 70 Milliarden Papiermark eingegangen, so daß mit einem Jahresertrag von mehr als 210 Milliarden Papiermark gerechnet werden könnte. Dazu kommt das Ergebnis der Zwangsanleihe mit zunächst 40 Milliarden Papiermark im Jahre 1922. Die Ueberwachungsmaßnahmen sind in gemeinsamer

Schäffcher Verständigung zwischen dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung in Berlin ausgearbeitet worden.

Vor der Entscheidung.

Bis zum letzten Augenblick war der Spruch der Reparationskommission von niemandem klar voraussehbar. Die verschiedenen Auffassungen der englischen und der französischen Politik haben sich bis zuletzt heftig gegenüber gestanden. Die englische Presse machte freilich noch einige Stimmung für ein Kompromiß zwischen der Auffassung Bradburys und derjenigen Boicars. Aber der französische Ministerpräsident und die französische Presse bemüht sich um so lebhafter, ihr unbedingtes Festhalten an den produktiven Pfändern zu betonen. Ueber die Notwendigkeit eines Zahlungsausschusses für Deutschland bestand eigentlich kein Zweifel nur über die Bedingungen der Stundung gingen die Ansichten weit auseinander. Klarheit herrschte diesmal eigentlich nur an allen verantwortlichen Stellen Deutschlands. Hier bestand Einmütigkeit darüber, daß bei dem gegenwärtigen Markkurs jede Goldzahlung unmöglich sei. Ebenso unburchführbar erschien der Vorschlag, ein Teil des restlichen Goldbestandes der Reichsbank bei der Bank von England oder im besetzten Gebiet zu deponieren, schon weil die Reichsbank inwieweit auf ausdrückliches Verlangen der Entente autonom geworden ist. Auch der Ausweg, als Garantie für das Moratorium deutsche Schatzwechsel zu hinterlegen, erschien ungangbar, weil eine zahlungsunfähige Regierung keine kurzfristigen festen Verpflichtungen übernehmen kann. Dagegen war das deutsche Anerbieten der Sicherung von Kohlen- und Holzlieferungen an Frankreich durch Lieferungsvertrag mit den beiden deutschen Industrieverbänden bis ins einzelne ausgearbeitet und rechtzeitig durch die deutschen Vertreter der Reparationskommission offiziell unterbreitet worden. Von deutscher Seite war also alles geschähen, was menschmöglich ist, um eine erträgliche Entscheidung der Reparationskommission herbeizuführen. Deshalb fällt auch alle Verantwortung für die Entscheidung allein auf diese souveräne Kommission.

Die Ernährungslage.

Das Bild, das der Reichsernährungsminister im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages von dem Stand unserer Ernährung gab, war nichts weniger als erhellend. Die Proviantversorgung ist allerdings mengenmäßig für die nächste Zeit gesichert, dagegen wird sich eine wesentliche Erhöhung des Brotpreises vom 15. Oktober d. J. ab nicht umgehen lassen. Das läge daran, daß Deutschland ausreichendes Brotgetreide nicht erzeugen könne, zumal bei der nichtbefriedigenden Ernte dieses Jahres. Der katastrophale Marktwert verteuere naturgemäß das aus dem Ausland einzuführende Getreide sehr erheblich. Aus Billigkeitsgründen und aus Gründen der Aufrechterhaltung der Produktivität sei es nötig, auch den Marktpreis ausserordentlich festzusetzen. Die Kartoffelernte ist, nach den Mittelnungen des Ministers als befriedigend zu erhoffen. Um einer Teuerung auf dem Kartoffelmarkt entgegenzuwirken, soll die Bearbeitung der Kartoffeln in den Brennerereien zum mindesten auf das Kontingent des Vorjahres eingeschränkt werden. Was den Zucker betreffe, so seien Vorarbeiten im Gange, um ihn im neuen Wirtschaftsjahr geregelt zu verteilen. Insbesondere denkt man daran, die Herstellung von Süßigkeiten, Likören und Schaumweinen aus inländischem Zucker zu verbieten. Auch die Verbrennung von Obst zu Branntwein gweiden soll verboten werden. In den öffentlichen Gaststätten soll die Verabreichung einer zweiten Fleischportion unter Strafe gestellt werden. Endlich sollen Massenrübungen eingeführt und die Kinderportionen ausgebaut werden. Leider seien dies alles nur Nothelfe. Deutschland sei in der Weltwirtschaft das leidende Objekt und nicht das leitende Subjekt. Zum Schluß appellierte der Minister an den Willen der wirtschaftlich Starken, in diesen schweren Zeiten wirtschaftliche Schwäche zu unterstützen. In die Ausführungen des Ministers knüpfte sich eine Aussprache in der die Vertreter der Rechten sich gegen die Getreidemulage aussprachen, während die Sozialisten die Aufhebungen des Ministers für unbedenklich hielten. Der Demokrat Böhmke wies darauf hin, daß die Großgrundbesitzer aus ihren großen Waldbeständen heraus finanziell gesichert daständen. Sie müßten daher so scharf wie möglich herangezogen werden, damit beim zweiten und dritten Drittel der Umlage die Abgabepflicht der kleinen Bauern ermäßigt werden könne.

n, Woch-
enden
Barren-
schelben
oll noch
n schen-
ongeläßt
behalten
n fertig
em gro-
sten.
chen.
Dage ist
mit dem
dere Wo-
on ihren
Berlag:
ne.
ucht
er neuge-
tig leiten
n die Ge-
er.
perin
abe 5.
nen
e.
ragen-
abe 5.
liches
rädchen
Su erfrag-
e ds. Wltts.
feiltiges
ein
stus
wirds ge-
ngänge und
ngel. unter
er Tagel.
pier
lattee.